

Stadt Hilden

Niederschrift

über die 21. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Rates der Stadt Hilden am Donnerstag, 19.10.2023 um 17:00 Uhr, in der Stadthalle Hilden (Fritz-Gressard-Platz 1 in 40721 Hilden)

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Dr. Claus Pommer

Ratsmitglieder

Frau Susanne Brandenburg	CDU
Herr Martin Falke	CDU
Herr Fred-Harry Frenzel	CDU
Herr Christian Gartmann	CDU
Herr Peter Groß	CDU
Herr Thomas Grünendahl	CDU
Herr Michael Rupp	CDU
Frau Claudia Schlottmann	CDU
Herr Rainer Schlottmann	CDU
Herr Kevin Peter Schneider	CDU
Herr Norbert Schreier	CDU
Herr Matthias Schumann	CDU
Herr Michael Wegmann	CDU
Herr Reinhard Zenker	CDU
Frau Kimberly Lynn Bauer	SPD
Herr Torsten Brehmer	SPD
Herr Kevin Buchner	SPD
Frau Sarah Buchner	SPD
Herr Hamza El Halimi	SPD
Frau Hannah Hammer	SPD
Frau Dagmar Hebestreit	SPD
Herr Steffen Kirchhoff	SPD
Frau Sandra Kollender	SPD
Frau Henrike Lindenberg	SPD
Herr Dominik Stöter	SPD
Frau Anne Kathrin Stroth	SPD
Herr Carsten Wannhof	SPD
Frau Helga Achterwinter	Bündnis 90/DIE GRÜ-
NEN	
Herr Heinz Albers	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Klaus-Dieter Bartel	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Abdullah Dogan	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Cornelia Geißler	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Annegret Gronemeyer	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Dr. Andrea Grunert	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Helen Kehmeier	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Hartmut Toska	Bündnis 90/Die Grünen

Frau Susanne Vogel	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Uwe Gramminger	FDP
Herr Rudolf Joseph	FDP
Herr Thomas Remih	FDP
Herr Prof. Dr. Ralf Bommermann	AfD
Herr Marlon Buchholz	AfD
Herr Ralf Peter Beier	BÜRGERAKTION
Herr Ludger Reffgen	BÜRGERAKTION
Frau Dorothea Spielmann-Locks	BÜRGERAKTION
Herr Ernst Kalversberg	Allianz für Hilden
Herr Oliver Kohl	Allianz für Hilden
Herr Werner Erbe	parteilos

Von der Verwaltung

Frau Beigeordnete Mona Wolke-Ertel	Stadt Hilden
Herr 1. Beigeordneter Sönke Eichner	Stadt Hilden
Herr Beigeordneter Peter Stuhlträger	Stadt Hilden
Herr Roland Becker	Amtsleiter Bürgermeis-
terbüro	
Herr Peter Palitza	Stadt Hilden
Frau Christina Schroeder	Stadt Hilden

Abwesende Ratsmitglieder

Frau Nicole Anfang	CDU
Herr Jörg Brandenburg	CDU
Herr Fabian Filatov	CDU
Herr Ramon Ludwig Kimmel	CDU
Herr Philip Razum	CDU
Herr Christian Schimang	CDU
Frau Sandra Kathrin Wiemers	CDU
Herr Tristan Zeitter	CDU
Frau Anabela Barata	SPD
Herr Hans-Jürgen Weber	SPD
Frau Marianne Münnich	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Peter Münnich	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Anna Meike Reimann	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Julia Gerhard	FDP
Herr Dr. Heimo Haupt	AfD
Herr Axel Hoffmeister	AfD

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Flüchtlingssituation in Hilden
- 3 Antrag der BA-Fraktion; Zukunft des St. Josefs-Krankenhauses
WP 20-25 SV 01/129
- 4 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 5 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Claus Pommer, eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter der Presse, die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Zuschauerinnen und Zuschauer des Live-Streams.

Er stellte zunächst fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Einleitend informierte er, dass der öffentliche Teil dieser Ratssitzung mit Bild und Ton gestreamt werde. Bis auf eine Person haben alle Anwesenden der Übertragung ihrer Person zugestimmt; allerdings könne jedes Ratsmitglied diese Zustimmung ad-hoc – durch Zeigen einer auf den Plätzen ausliegenden roten Karte – widerrufen. Weiter gilt in der Sitzung eine Redezeitbegrenzung. Ratsmitglieder erhalten für einen ersten Redebeitrag vier Minuten Redezeit und für einen weiteren Beitrag zum selben Tagesordnungspunkt zwei Minuten Redezeit. Die Zeit werde mit Hilfe einer Stoppuhr an der Leinwand angezeigt.

Anschließend gratulierte er den Ratsmitgliedern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten.

Auf Anregung von Rm Gramminger/FDP erhoben sich die Ratsmitglieder sodann von ihren Plätzen und gedachten mit einer Schweigeminute den Opfern des Konfliktes in Israel.

Änderungen zur Tagesordnung

Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde meldet sich Herr H., wohnhaft in Hilden, zu Wort. Er erklärte einleitend, dass er einer der Initiatoren der Demonstration für das Krankenhaus vor dem Landtag in Düsseldorf sei und in einem Gespräch mit Gesundheitsminister Laumann ebenfalls erfahren habe, dass es einen interessierten neuen Träger gebe aber die Entscheidung erst im November falle. Er fragte daraufhin, ob auch an einem Plan B gearbeitet werde.

Bürgermeister Dr. Pommer erklärte, dass sie nun gemeinsam, auch zusammen mit der Landesregierung und Gesundheitsminister Laumann, mit aller Kraft die Umsetzung des Plans A anstreben, da damit eine reale Chance zur Rettung des Krankenhauses in Hilden bestehe. Aus diesem Grund gebe es aktuell auch keinen Plan B. Auch wenn die Möglichkeit einer Kommunalisierung des Krankenhauses sicherlich auch im weiteren Verlauf der Sitzung noch diskutiert werde.

1 Befangenheitserklärungen

Keine.

2 Flüchtlingssituation in Hilden

Einleitend erklärte Bürgermeister Dr. Pommer, dass die Anzahl an zugewiesenen Geflüchteten durch die Landesregierung aktuell stetig steige und bei den durchschnittlich 10-12 Zuweisungen pro Woche die Kapazitätsgrenzen der Flüchtlingsunterkünfte in drei Wochen erreicht seien. Daher gebe es leider keine andere Möglichkeit und die Sporthalle am Weidenwege müsse als Flüchtlingsunterkunft hergerichtet werden. Die Umbaumaßnahmen hierfür sollen Ende Oktober beginnen. Gleichzeitig arbeite die Verwaltung jedoch mit Hochdruck an einer mittel- bis langfristigen anderen Lösung, da die Nutzung der Sporthalle kaum Privatsphäre für die Geflüchteten zulasse und auch mit großen Einschränkungen für den Schul- und Vereinssport verbunden sei. Die Verwaltung werde in Kürze eine Sitzungsvorlage zur Beratung und Entscheidung vorlegen, die die Pacht eines Grundstückes an der Düsseldorfer Str. beinhaltet, um dort eine Flüchtlingsunterkunft in Modulbauweise zu errichten. Er hoffe auf das Verständnis von allen, dass es derzeit leider keine andere Option als die Sporthalle für eine kurzfristige Lösung gebe.

Weiter informierte er, dass kommende Woche Mittwoch eine Bürgerinformationsveranstaltung im Hildener Süden, in den Räumlichkeiten der Erlöserkirche auf der St. Konrads Allee, stattfinden werde.

Beigeordneter Eichner berichtete anschließend über die aktuellen Flüchtlingszahlen in Hilden. Aktuell verfüge die Stadt über eine Unterbringungskapazität von 867 Plätzen in den städtischen Unterkünften, wovon 815 belegt seien und somit noch 52 Plätze zur Verfügung stehen. Für die kommenden Wochen seien bereits 17 neue Zuweisungen angekündigt.

Von den 815 Personen in den städtischen Unterkünften stammen 139 Menschen aus der Ukraine.

Die Statistik der Altersstruktur und das Geschlecht der 815 Personen stelle sich wie folgt dar:

0 - 1 Jahr:	16 weiblich und 9 männlich
2 - 5 Jahre:	27 weiblich und 31 männlich
6 - 14 Jahre:	58 weiblich und 64 männlich
15 - 17 Jahre:	12 weiblich und 19 männlich
18 - 29 Jahre:	59 weiblich und 157 männlich
30 - 39 Jahre:	64 weiblich und 120 männlich
40 - 49 Jahre:	44 weiblich und 50 männlich

50 - 59 Jahre: 19 weiblich und 24 männlich
60 Jahre und älter: 29 weiblich und 13 männlich
Insgesamt: 328 weibliche und 487 männliche Geflüchtete.

Rm Joseph/FDP erklärte, dass die FDP Fraktion sich gegen die Schließung der Sporthalle am Weidenweg ausspreche, da die Kinder bereits während der Pandemie auf den Schulsport verzichten mussten und daher eine andere Lösung gesucht werden müsse. Weiter appellierte er daran, eine Resolution oder einen Brandbrief an die Bundesregierung zu richten, dass die Möglichkeiten der Kommune ausgeschöpft seien und auf Bundesebene andere Lösungen gesucht werden müssten. Rm Erbe/parteilos schloss sich den Ausführungen von Rm Joseph/FDP an.

Rm Kehmeier/Grüne äußerte sich entsetzt über die Äußerungen von Rm Joseph/FDP, die sie rechtspopulistisch nannte und erklärte, dass die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen eine solche Resolution nicht unterstützen werde. Rm Joseph/FDP widersprach den Vorwürfen ausdrücklich und erklärte seinen Standpunkt erneut.

Hinsichtlich der Bitte von Rm Spielmann-Looks/BA, dass dem Rat zukünftig eine Sitzungsvorlage mit der Entwicklung der Flüchtlingszahlen vorgelegt werden sollte, wies Erster Beigeordneter Eichner daraufhin, dass der Sozialausschuss und der Integrationsrat regelmäßig Mitteilungsvorlagen über die Fallzahlenentwicklung und eine Sachstandsmitteilung Asyl erhalten und diese Vorlagen als Informationsinstrument genutzt werden können.

Rm Reffgen/BA gab zu Bedenken, dass eine oberflächliche Diskussion an dieser Stelle nicht sinnvoll sei und sie sich alle in Ruhe mit dem Sachverhalt auseinandersetzen müssen, wenn alle Details vorliegen.

Rm C. Schlottmann/CDU betonte, dass sie sich alle darüber einig seien, dass den Geflüchteten geholfen werden soll aber nun der beste Weg überlegt werden müsse. Die CDU Fraktion sei auch gegen eine dauerhafte Schließung der Sporthalle am Weidenweg und spreche sich alternativ für die Schule an der Walder Str. aus.

Rm Bartel/Bündnis 90/Die Grünen erwiderte, dass auch die Nutzung der Schule an der Walder Str. mit Einschränkungen verbunden sei und die Unterbringung in der Sporthalle keine dauerhafte Lösung sei. Seine Fraktion unterstütze den Vorschlag der Verwaltung.

Rm K. Buchner/SPD sprach sich für einen solidarischen Umgang mit den Schutzsuchenden aus. Die Nutzung der Sporthalle am Weidenweg stelle eine übergangsweise Notlösung für wenige Monate dar. Er appellierte daran, die Verwaltung bei der Umsetzung einer mittelfristigen anderen Lösung zu unterstützen, um die Sporthalle schnellstmöglich wieder zu öffnen. Daraufhin antwortete Rm C. Schlottmann/CDU, dass die Nutzung der Sporthalle bis Ende 2024 angedacht sei und daher nicht von wenigen Monaten gesprochen werden könne.

Rm Groß/CDU erkundigte sich, welche Planung die Verwaltung habe, wenn die Kapazitätsgrenzen der Sporthalle Ende des Jahres vielleicht schon wieder erreicht seien, wenn weitere 100 Geflüchtete zugewiesen werden.

Erster Beigeordneter Eichner erklärte, dass sie augenblicklich von einer Belegung der Sporthalle mit bis zu 100 Menschen ausgehen. Die Verwaltung prüfe weitere Möglichkeiten, um eine Unterbringung sicherzustellen, wenn die Höhe der Zuweisungen dauerhaft so hoch bleibe.

Sodann beantragte C. Schlottmann/CDU, dass alternativ über die beiden Möglichkeiten zur Unterbringung, Sporthalle Weidenweg und Schule Walder Str., abgestimmt werde.

Bürgermeister Dr. Pommer erklärte, dass es sich hierbei um eine reine Information handle und keine Beschlussvorlage zugrunde liege. Daraufhin bat C. Schlottmann/CDU, dass bei einer vorzu-

bereitenden Sitzungsvorlage die beiden Alternativvorschläge zur Entscheidung aufgenommen werden.

Bürgermeister Dr. Pommer unterbrach die Sitzung zur weiteren Beratung für fünf Minuten.

Nach der Sitzungsunterbrechung begann Erster Beigeordneter Eichner damit die Gründe, die zur Entscheidung für die Sporthalle am Weidenweg geführt haben, zu erläutern. Er betonte zudem, dass es frühzeitig Gespräche mit den Schulleitungen, der betroffenen Schulen (Astrid-Lindgren und Wilhelm-Busch-Schule) sowie mit dem Stadtsportverband gegeben habe. Alle Beteiligten haben den Vorschlag der Verwaltung unterstützt. Es habe auch Gespräche mit dem Sportbüro der SHB stattgefunden, um Lösungen zu finden, wie der Sportunterricht aufgefangen werden könne und um Alternativen für Vereine zu finden.

Beigeordneter Stuhlträger führte sodann weiter aus, dass zur Herrichtung der Sporthalle Weidenweg bereits im letzten Sommer Einrichtungen beschafft wurden, sodass die Sporthalle innerhalb von drei Wochen in eine Notunterkunft umgebaut werden könne. Die Räumlichkeiten der Grundschule Walder Str. seien erst nach den Weihnachtsferien bezugsfähig und zudem seien hier keine Duschen vorhanden, die noch beschafft werden müssten. Aufgrund der zeitlichen Dringlichkeit, da die Notunterkunft bereits Mitte November benötigt werde, habe sich die Verwaltung für die Sporthalle Weidenweg entschieden.

Rm Kehmeier/Grünen fragte, ob ein Konzept für die gemeinsame Nutzung des Jugendtreffes Weidenweg für Hildener Jugendliche und geflüchtete Jugendliche entwickelt werden könnte. Erster Beigeordneter Eichner nahm die Anregung gerne auf und betonte, dass die vorhandenen Gemeinschaftsräume ebenfalls ein Vorteil der Sporthalle Weidenweg darstelle.

Abschließend betonte Bürgermeister Dr. Pommer, dass aus zeitlichen Gründen eine Sondersitzung des Rates für die kommende Woche angesetzt werden müsste, sofern nun eine politische Entscheidung über den Standort der Notunterkunft angestrebt werde.

Rm C. Schlottmann/CDU erklärte, dass sie eine weitere Sondersitzung nicht für angebracht und zumutbar halte, auch wenn die Nutzung der Schule an der Walder Straße für sie immer noch die bessere Option darstelle. Sie bat ausdrücklich darum, dass keine weitere Sporthalle mehr geschlossen werde, sollten die Flüchtlingszahlen weiter steigen.

3 Antrag der BA-Fraktion; Zukunft des St. Josefs-Krankenhauses

WP 20-25 SV
01/129

Zu Beginn berichtete Bürgermeister Dr. Pommer über den aktuellen Sachstand. Er erläuterte, dass ein großer Krankenhausbetreiber, die GFO, die auch das Krankenhaus in Langenfeld betreibe, Interesse an der Übernahme des Hildener Krankenhauses geäußert habe. Derzeit befindet sich die GFO in Gesprächen mit der Kplus Gruppe und dem Insolvenzverwalter und es sei ein Konzept entwickelt worden, wie sich die beiden Krankenhäuser in Hilden und Langenfeld in bestimmten Fachbereichen ergänzen könnten, um einen wirtschaftlich zukunftsfähigen Betrieb beider Krankenhäuser sicherzustellen. Offene Fragen werden derzeit noch geklärt und er rechne mit einer Entscheidung im November, führte er weiter aus. Bürgermeister Dr. Pommer bedankte sich nochmals ausdrücklich für den Einsatz der Hildener Bürger*innen, die durch die Demonstration ein deutliches Zeichen des Zusammenhaltes gesetzt haben. Weiter dankte er Gesundheitsminister Laumann für seinen persönlichen Einsatz zur Rettung des Krankenhauses.

Rm Reffgen/BA hielt es an der Zeit, dass sich der Rat der Angelegenheit annehme, um auf kommunaler Ebene einen Plan B zu entwickeln, da aktuell nur eine Hoffnung bestehe aber noch keine finale Entscheidung für den Plan A vorliege.

Rm K. Buchner/SPD erläuterte, dass die Politik bereits letzte Woche im Ältestenrat über weitere Möglichkeiten und über einen Plan B gesprochen habe, falls die Verhandlungen mit der GFO nicht erfolgreich sein sollten. Auch auf Kreisebene gebe es bereits entsprechende Anträge und der Vorschlag einer kommunalen Trägerschaft werde bereits mitgedacht. Es sei ein laufender Prozess für den nun keine Entscheidung erforderlich sei. Daher verstehe er nicht, warum für eine erneute öffentliche Diskussion eine Sondersitzung erforderlich sei, die rund 5.000 € kostet.

Dem schloss sich auch Rm C. Schlottmann/CDU an und betonte, dass Bürgermeister Dr. Pommer natürlich jegliche Möglichkeit habe einen Plan B anzugehen, wenn der Plan A nicht greifen sollte. Die Option einer Kommunalisierung des Krankenhauses sehe sie kritisch, da hierfür umfangreiches Fachwissen zum Betrieb eines modernen Krankenhauses erforderlich sei und die Finanzierung der hierfür erforderlichen 80 Millionen Euro fraglich sei.

Rm Kehmeier/Die Grünen lobte auch die gute Zusammenarbeit der Fraktionen des Hildener Stadtrates. Grundsätzlich signalisierte sie Zustimmung für den Antrag der BA, der jedoch ergänzt werden sollte. Daraufhin las sie folgenden Ergänzungsantrag vor:

„Die Stadt Hilden nimmt – ggf. gemeinsam mit der Stadt Haan bzw. dem Kreis Mettmann – Kontakt zu fachlich geeigneten Beratungsunternehmen auf, die Aussagen zur Wirtschaftlichkeit des Hildener bzw. Haaner Krankenhauses nach einer Überführung in kommunale Trägerschaft treffen können. Dabei ist zunächst folgendes zu klären:

Welche Finanzmittel müssten für eine solche Prüfung bereitgestellt werden? Wie lange würde es voraussichtlich nach Beauftragung dauern, bis valide Ergebnisse vorliegen?

Die Verwaltung bringt ferner in Erfahrung, ob es deutschlandweit Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit gibt, wo eine Kommunalisierung von Krankenhäusern stattfand und unter welchen Rahmenbedingungen und mit welchen Folgen für die entsprechenden Gemeinden diese ggf. geschah.

Begründung:

Dass derzeit hoffnungsvoll stimmende Gespräche zum Erhalt des Hildener Krankenhauses stattfinden, ist sehr erfreulich. Sollten die Verhandlungen jedoch scheitern, wäre es sinnvoll, wenn wichtige Entscheidungsgrundlagen hinsichtlich des weiteren Vorgehens vorlägen.“

Rm Kohl/Allianz für Hilden erklärte, dass sie den Antrag der BA Fraktion unterstützen, da er darauf abzielt, der Verwaltung einen Handlungsspielraum für einen Plan B zu eröffnen.

Die Frage von Rm Joseph/FDP, wie lange eine solche Prüfung dauern würde und wann mit einem Ergebnis zu rechnen sei, beantwortete Bürgermeister Dr. Pommer damit, dass er es nicht genau wisse aber eine solche Prüfung möglicherweise nicht vor Schließung des Krankenhauses abgeschlossen wäre.

Rm Prof. Dr. Bommermann/AfD erklärte, dass ihm der Antrag zu engstirnig gedacht sei, wenn er nur auf die Gründung eines Zweckverbandes als Träger des Krankenhauses abziele. Vielmehr müsse Bürgermeister Dr. Pommer offen damit beauftragt werden, kreative Ideen zur Rettung zu entwickeln.

[Anmerkung der Schriftführung: alle Redebeiträge beinhalteten auch immer einen Dank für das herausragende Engagement in der Angelegenheit an Bürgermeister Dr. Pommer sowie Lob und Anerkennung für den Zusammenhalt der Hildener Bevölkerung, der sich durch die Demonstration gezeigt habe.]

Bürgermeister Dr. Pommer leitete sodann zur Abstimmung über und erklärte, dass er den Antrag ablehne, da es nicht nur wichtig sei, alles zu tun, was möglich ist, sondern auch das zu unterlassen, was den Investor womöglich irritieren könnte.

Rm Reffgen/BA erklärte, dass sich die BA dem Ergänzungsantrag vom Bündnis 90/Die Grünen anschließe, sodass Bürgermeister Dr. Pommer diesen anschließend zur Abstimmung stellte.

Ursprünglicher Antragstext der BA Fraktion:

- I. Der Rat der Stadt Hilden beauftragt den Bürgermeister, kurzfristig – parallel zu anderen Initiativen – mit dem Landrat ernsthafte Überlegungen und Prüfungen anzustellen, mit dem Ziel, im Bedarfsfall die Krankenhäuser der Städte Hilden und Haan ganz oder teilweise in kommunale Trägerschaft zu übernehmen. Dabei ist sowohl die Option eines Kreiskrankenhauses zu untersuchen als auch die Fortführung einer oder beider Einrichtungen unter Beteiligung der beiden Städte und des Kreises Mettmann in der Trägerschaft eines zu gründenden Zweckverbands.
- II. Im Hinblick auf die dokumentierte, riesige Anteilnahme der Bevölkerung beantragen wir gleichzeitig sicherzustellen, dass – unbeschadet sonstiger Vereinbarungen zur Übertragung von Ratssitzungen per Livestream – den Menschen in und um Hilden ein Zugang zu dieser Ratssondersitzung via Rats-TV ermöglicht wird.

Ergänzungsantrag vom Bündnis 90/Die Grünen während der Sitzung:

Die Stadt Hilden nimmt – ggf. gemeinsam mit der Stadt Haan bzw. dem Kreis Mettmann – Kontakt zu fachlich geeigneten Beratungsunternehmen auf, die Aussagen zur Wirtschaftlichkeit des Hildener bzw. Haaner Krankenhauses nach einer Überführung in kommunale Trägerschaft treffen können. Dabei ist zunächst folgendes zu klären:

Welche Finanzmittel müssten für eine solche Prüfung bereitgestellt werden? Wie lange würde es voraussichtlich nach Beauftragung dauern, bis valide Ergebnisse vorliegen?

Die Verwaltung bringt ferner in Erfahrung, ob es deutschlandweit Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit gibt, wo eine Kommunalisierung von Krankenhäusern stattfand und unter welchen Rahmenbedingungen und mit welchen Folgen für die entsprechenden Gemeinden diese ggf. geschah.

Abstimmungsergebnis über den Ergänzungsantrag vom Bündnis 90/Die Grünen

Mehrheitlich abgelehnt bei 10 Ja-Stimmen der Grünen, 3 Ja-Stimmen der BA, 2 Ja-Stimmen der Allianz für Hilden sowie 3 Enthaltungen der FDP.

4 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Keine.

5 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Keine.

Ende der Sitzung: 18:42 Uhr

Dr. Claus Pommer / 19.12.2023
Vorsitzender

Christina Schroeder / 19.12.2023
Schriftführerin

Gesehen:

Roland Becker / 19.12.2023
Amtsleiter Bürgermeisterbüro